

Zeitschrift: Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Glarus
Band: 78 (1998)

Rubrik: Unsere Veranstaltungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsere Veranstaltungen

Werner Schindler, Glarus

Das Milizwesen im Lande Glarus

Vortrag vom 22. März 1997 (507)

Aufarbeitung der Vergangenheit auch im Glarnerland? In der Dependance des Freulerpalastes wird zurzeit ein besonderes Museum eingerichtet für Waffen, Uniformen und anderes Zubehör aus der gesamten Entwicklungszeit des glarnerischen Milizwesens bis auf den heutigen Tag.

Der das macht, ist, wie Präsident Robert Kistler in seinem Dankwort feststellte, Werner Schindler, angestellt bei der Sicherheitspolizei Glarus, dort mit Ausbildungsaufgaben betraut und auch an der Stelle tätig, wo Waffen und Sprengstoffe «über den Tisch gehen». Dank grossen Entgegenkommens seines Arbeitgebers und unter Einsatz ungezählter Freizeitstunden ist er seit Jahr und Tag mit Haut und Haar, mit Hand und Herz in seiner Arbeit als Projektleiter des neuen Museums aufgegangen.

In seinem Vortrag ging er aus von der klippenreichen Vorgeschichte des Unternehmens. Eine 18köpfige Kommission, umfassend ausser Vertretern von Militär und Polizei auch solche aus Jäger- und Fischerkreisen, hatte ein (zu) breit gefächertes Konzept entworfen und kaum noch zu bewältigende Mengen Material ins Auge gefasst. Nach zwei Jahren warfen angesichts der unabsehbaren Arbeitslast die meisten das Handtuch: Das erste Konzept war gescheitert.

Da kein professioneller Gestalter gefunden werden konnte, übernahm Schindler 1991 die Weiterführung des Projekts. Mit der Erfahrung im Rücken, dass ein Mensch allein kein Museum machen könne, dankte er seinen beiden Mitarbeitern Jakob Kläsi und Willi Schwitter, dann auch Jürg Davatz, dem Stiftungsrat, der politischen Behörde, dem Historischen Verein und vielen ehemaligen 85ern. Ganz besonders strich er das Verdienst des ehemaligen Zeughauswarts Fritz Böckle heraus, ohne dessen Sammlungs- und Restaurierungsleidenschaft es keine Waffensammlung gäbe. Schindler stellte im Hauptteil seines Vortrags das Ausstellungskonzept vor. Im Gegensatz zum Museum im Palast, das sozusagen die militärische Oberschicht präsentiert, sei «sein» Museum im Nebengebäude dem einfachen Soldaten gewidmet. Eindrücklich berichtete er von den Schwierigkeiten beim Aufsuchen und Reparieren von Waffen, Uniformen und Ausrüstungsgegenständen nicht etwa nur aus ferner, sondern auch aus jüngster Vergangenheit, etwa einer Infanteriekanone oder einer Tankbüchse aus dem Zweiten Weltkrieg oder von Uniformabzeichen aus derselben Zeit. In der permanenten Ausstellung soll nicht möglichst viel, sondern nur das Beste auf die beste Art präsentiert werden. Für Sonderschauen könne auf den Fundus zurückgegriffen werden.

Das Ökonomiegebäude wurde für den neuen Gebrauch in seiner ursprünglichen Form wieder hergestellt und, mit zweckmässigen Einbauten rollstuhlgängig und brand- und diebstahlgesichert, zum modernen Museum umfunktioniert. Im Untergeschoss sind hinter einem «multifunktionellen» Eingangsraum zwei Säle dem Schützenwesen und den fremden Kriegsdiensten zugeordnet, getrennt durch eine grosse Vitrine, in der mit über 400 geschnitzten Holzfiguren der Übergang über die Beresina nachgestellt ist. (Erst nach dem Vortrag erfuhr man, dass der Schöpfer dieser hölzernen Armee der Referent selber ist.) Das Obergeschoss ist vor allem dem Bataillon 85 von seinen Anfängen über die Aktivdienstzeiten 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 bis heute gewidmet. Besonderheiten wie ein Offizierszelt aus dem 19. Jahrhundert, das Modell einer Patronen-«Fabrik» im Massstab 1:3 oder ein Trainpferd in voller Montur sind Hauptakzente. Auf dem dritten Boden, für Rollstühle leider nicht mehr zugänglich, wird die Sammlung Böckle präsentiert: Waffen seit 1817.

Die Frage nach den Kosten des Ganzen wurde nicht berührt und in der anschliessenden Fragerunde auch von niemandem gestellt. Die Eröffnung ist für den 23. Mai vorgesehen.

Warmer Applaus dankte dem Vortragenden, herzlich gespendet auch von denen, die sich eigentlich am vorgestellten Thema nicht zu erwärmen vermögen, sich aber von Herzen freuten an der Begeisterung, die ein anderer dafür aufbrachte.

Otto Brühlmann

Hans Rudolf Mazzolini-Trümpy

Briefe aus dem Sonderbund

Vortrag vom 21. Oktober 1997 (508)

Im November 1847 hielt sich der damals in Schwanden wohnhafte 32jährige Leutnant und Unternehmer Alexander Spelty von Netstal mit der Glarner Landwehr zuerst zur Verteidigung im Gaster und später als Besetzer in der March auf. Der Referent zeichnete anhand von 13 Briefen Speltys an seine Frau, Verena Spelty-Tschudi, den Sonderbundskrieg nach und gab am Schluss auch eine Bewertung der Ereignisse aus heutiger Sicht. Im demnächst erscheinenden neuen Jahrbuch des Historischen Vereins wird Hans Rudolf Mazzolini neben den militärischen Aspekten auch auf private und geschäftliche des Briefschreibers und der Adressatin ausführlich eingehen.

Liberale gegen Konservative: Seit dem Helvetischen Einheitsstaat, den Frankreich den Eidgenossen zwischen 1798 und 1802 aufzwang, hatte in der Schweiz der Gegensatz zwischen Befürwortern einer starken Zentralgewalt, den Radikalen bzw. Liberalen, und den Anhängern des Staatenbundes, den Föderalisten oder Konservativen, denjenigen zwischen Katholiken und Reformierten überlagert. Dem innereidgenössischen Krieg von 1847, so sehr er aus «hausgemachten» Konflikten entstanden war, korrespondierten in Europa 1848 die Absetzung des französischen Bürgerkönigs Louis Philippe, das Ende der Macht des österreichischen Staatskanzlers Metternich und die Wahlsiege der Liberalen in Süddeutschland.

Verfassungsbrüche und Verstösse gegen die politische Klugheit waren in den Jahren vor 1847 auf seiten der Konservativen wie der Liberalen vorgekommen, so 1841 die Klosteraufhebungen im Aargau, 1844 die Jesuitenberufung nach Luzern, gegen welche 1844/45 die Radikalen Freischarenzüge unternahmen, und endlich 1845 die gegen diese gerichtete «Schutzvereinigung» der konservativen Kantone Uri, Schwyz, Nid- und Obwalden, Luzern, Zug, Freiburg und Wallis, von den Gegnern «Sonderbund» genannt. Die Sonderbundskantone fühlten sich in ihrer Autonomie vor allem durch die Verfassungsrevision bedroht, welche im Interesse der Wirtschaft einen zentralisierten Bundesstaat mit einheitlicher Aussengrenze und aufgehobenen Binnen- und Wegzöllen anstrebte. Die eidgenössische Tagsatzung beschloss am 20. Juli 1847 die formelle Auflösung des Sonderbunds, debattierte am 16. August über die Revision des Bundesvertrags und verfügte am 3. September die Ausweisung der Jesuiten aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft. Der Luzerner Schultheiss Constantin Siegwart-Müller, die Seele des Sonderbunds, strebte dagegen eine Teilung der Eidgenossenschaft in eine römisch-katholische und in eine protestantische Hälfte von je elf Kantonen an. Zu den sieben Sonderbundskantonen hoffte er vier weitere hinzuzugewinnen, nämlich Solothurn, St. Gallen, Tessin und, eine Vorwegnahme heutiger Zustände, den «Kanton Pruntrut» durch Abtrennung des Juras von Bern. Glarus, der «durch und durch verdorbene», da nur auf materiellen Erwerb ausgerichtete Kanton, wie Siegwart in seinem Schreiben an Metternich formulierte, sollte unter Uri und Schwyz aufgeteilt werden.

Die Rolle des Glarnerlandes im Sonderbundskrieg: Nicht ganz umsonst fühlten sich also die Glarner von ihren Nachbarn im Westen bedroht. Ob sie allerdings wussten, wie geringschätzig man auf internationaler Ebene über sie redete und dass man sogar das Verschwinden ihres Ländchens von der Karte erwog, ist zu bezweifeln. Vermutlich wäre die Glarner Regierung sonst in der Vorphase des Sonderbundskrieges entschlossener für die Sache der Tagsatzung eingetreten.

Der Referent kam hier auf ein Kapitelchen der Glarner Geschichte zu sprechen, das bisher nirgends, auch nicht in seinem demnächst erscheinenden Beitrag zum Jahrbuch des Historischen Vereins, ausführlich behandelt wird. Mazzolinis Ausführungen tragen dazu bei, eine recht gravierende Behauptung im neuesten Buch über den Sonderbundskrieg zu relativieren. Der Amerikaner Joachim Remak schreibt in «Bruderzwist, nicht Brudermord» (1997): «Und in Glarus bat die Regierung, ihre Truppen im Lande belassen und nur zur Verteidigung des eigenen Landes einzusetzen.» (S. 123). Tatsächlich bereitete man sich im Glarnerland aber schon seit Anfang Oktober 1847 auf den erwarteten Krieg vor. Militärkommission, Ständekommission (der damalige Regierungsrat) und Landrat fassten mehrere Beschlüsse, die die Kriegsbereitschaft der Glarner Wehrfähigen garantieren sollten. So wurde das Auszugsbataillon mit Büchenschmiedern versehen, den Wehrpflichtigen das Verlassen des Kantons untersagt, es wurden 300 Kapute (Mäntel) angeschafft und die Kader zu einwöchigen Kursen aufgebildet. Am 12. Oktober unterstellte der Landrat das ganze Glarner Militär einem ein-

heitlichen Kommando. Am 16. Oktober erfolgte die Mobilisierung des Sonderbunds, am 24. diejenige der Tagsatzung. Am selben Tag unterstellten die Glarner ihr Bundeskontingent, das Auszugs-Infanterie-Bataillon Nr. 73 unter Oberst Fridolin Schindler, ein Detachement Train und zwei Auszugs-Scharfschützen-Kompanien, dem eidgenössischen Kommando. Tags darauf verlangte die Glarner Militärkommission vom Zeughaus die Herausgabe der eidgenössischen Feldbinde. Dies alles sprach für ungeteilte Solidarität der Glarner mit den Tagsatzungsbeschlüssen. Dagegen hatte der Glarner Abgeordnete, Landammann Kosmus Blumer, schon rechtzeitig sein Tagsatzungsmandat niedergelegt, um nicht für den Krieg stimmen zu müssen, der schliesslich am 4. November beschlossen wurde. Blumer, ein Gegner des Sonderbunds, aber auch von dessen gewaltsamer Auflösung, hätte sein Land gerne aus dem bewaffneten Konflikt herausgehalten. Seinen Absichten entsprechend wurde mehrfach, u.a. in einem Schreiben der Glarner Standeskommission vom 25. Oktober an den eidgenössischen Kriegsrat, erwogen bzw. der «Wunsch» geäussert, dass das isolierte Glarnerland zu seiner Verteidigung Truppen im Kanton behalten könnte. Ja, die Tagsatzungsgesandten Johann Jakob Blumer, der spätere Bundesgerichtspräsident, und der spätere Landammann Kaspar Jenny mussten in einer mündlichen Unterredung mit General Dufour vom 29. Oktober sogar darum bitten, dass der Kanton das am Tag zuvor schon ins Unterland verlegte Bundeskontingent im Kanton behalten dürfe. Dufour wollte selbstverständlich nichts davon wissen, war aber immerhin bereit, über die Verwendung der Landwehr mit sich reden zu lassen. Die diplomatischen Vorstösse der Glarner Regierung, die etwa bis zum eigentlichen Kriegsbeginn am 4. November dauerten und von denen man im Glarner Militär bis in die höheren Grade hinauf vermutlich nichts wusste, hatten dann aber praktisch nur die Wirkung, dass im ganzen Glarnerland wegen eines Angriffs von Schwyz Gerüchte kursierten, welchen Oberst Melchior Blumer, Kommandant der 1. Brigade in der 5. Division, in einem Bericht vom 14. November an den «Vetter Landammann» klar entgegentrat.

Jedenfalls befanden sich seit dem 3./4. November neben dem schon erwähnten Bundeskontingent auch das Landwehr-Infanterie-Bataillon unter Oberstleutnant Balthasar Trümpy, zu dem auch der Briefschreiber Alexander Spelty gehörte, und zwei Landwehr-Scharfschützen-Kompanien der Reserve der 5. Division in der «eidgenössischen Linie». Insgesamt stellte Glarus mit 2238 Mann sogar 1367 Soldaten mehr als die 871, zu denen es verpflichtet gewesen wäre.

Die Briefe: Spelty's Briefe spiegeln ganz unspektakulär, aber lebendig den Alltag seiner nie in ein Gefecht verwickelten Truppe. Die Unterkunft, das Essen, die vorbehaltlos geschätzten Vorgesetzten, später auch das Verhalten der Märgler gegenüber den Besatzungstruppen oder nicht sicher erklärbare Wahrnehmungen wie entfernter Kanonendonner. Die unmittelbarem Erleben entsprungenen Nachrichten traten dank der deutenden Vermittlung des Historikers mit dessen Hintergrundwissen in einen Dialog. Zahlreiche Hellraumprojektorfolien veranschaulichten die Ausführungen des Referenten, dem es gelang, das komplexe Thema «Sonderbundskrieg» differenziert und doch leicht fasslich zu behandeln. «Juhu, es gibt Frieden, es gibt wieder eine einige Eidgenossenschaft, sie lebe hoch! hoch! hoch!» schrieb Spelty am 24. November, als mit der Kapitulation Luzerns der Krieg praktisch zu Ende war. Tatsächlich war das Wort «einig» bzw. «Einigkeit» damals für das Weiterbestehen der Schweiz zentral. Ohne dass Mächte von aussen eingegriffen hätten, unter grösstmöglicher Schonung von Menschenleben und durch eigene Leistung konnte die Eidgenossenschaft ihr Auseinanderbrechen verhindern.

Im Anschluss an Hans Rudolf Mazzolinis Ausführungen belegte Dr. Robert Kistler, der Präsident des Historischen Vereins, als Märgler nochmals mit einigen Beispielen, dass «katholisch» und konservativ» schon zur Zeit des Sonderbunds durchaus nicht gleichzusetzen war. Mit diesen Bemerkungen fand die gut besuchte, sehr lehrreiche Veranstaltung ihren Abschluss.

kmw.

Prof. Dr. Hansjörg Siegenthaler, Universität Zürich

Die Schweiz und ihr Krisenzyklus seit 1848

Vortrag vom 25. November 1997 (509)

Wohl noch kaum ein Referent des Historischen Vereins hat in seinem Vortrag so unmittelbar uns alle beschäftigende Probleme zur Sprache gebracht wie Hansjörg Siegenthaler in seinem Vortrag «Krisen und ihre Bewältigung in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates». Um so bedauerlicher, dass am Dienstag, 25. November, nur etwa 35 Personen die Gelegenheit wahrnahmen, im «Glärnerhof» den spannenden Ausführungen zu folgen. Dafür regte deren Aktualität zum Schluss noch einige Zuhörer zu eigenen Meinungsäusserungen an.

In Krisenzeiten wächst das Interesse an Geschichte: Ausgangs- und Endpunkt von Hansjörg Siegenthalers Überlegungen war die Krise, in der sich die Schweiz seit Beginn der 90er Jahre befindet. «Krise» bedeutete für den Referenten nicht nur eine gedrückte Wirtschaftslage, sondern vor allem auch ein Prognoseproblem. Welchen Reim sollen wir uns mit unseren Erfahrungen auf die Zukunft machen? Um es mit Reinhard Koselleck anders zu sagen: Es besteht eine Diskrepanz zwischen Erfahrungs- und Erwartungshorizont.

In dieser Lage wächst das Interesse der Menschen an der Geschichte, denn sie müsste ja den Erfahrungsschatz bereitstellen, aus dem sich auch Problemlösungen für die Zukunft herleiten liessen. Nur zeigt sich leider, dass mit steigendem Interesse an der Geschichte diese selbst zum Problem wird. Eine einsemestrige Seminarveranstaltung des Referenten über die Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848 mündete in die Frage, weshalb es denn zu eben dieser Gründung gekommen sei. Die bisher gängigen Antworten hatten sich als unzutreffend erwiesen, eine neue, die Seminarteilnehmer überzeugende Interpretation der Ereignisse von 1847/48 liess sich nicht ohne weiteres finden.

Zur erwähnten Krise gehört also auch die Problematisierung der Geschichte, aus der man doch Handlungsmuster oder wenigstens Entscheidungshilfen für die Planung der Zukunft gewinnen möchte. Man würde nun aber den Historiker Siegenthaler falsch verstehen, wenn man glaubte, er lasse es dabei bewenden. Er scheute sich nicht, rückblickend auf 150 Jahre Schweizer Bundesstaat festzuhalten, es sei in dieser Zeit durchschnittlich alle 20 Jahre zu einer Krise gekommen. Dieser Krisenzyklus wurde bis jetzt aber von der Geschichtswissenschaft noch wenig beachtet, denn die einzelnen Krisen nehmen sich gering aus im Vergleich mit den Katastrophen, von welchen unsere Nachbarländer im gleichen Zeitraum geschüttelt wurden. Warum aber gelang es den Schweizern, ihre Krisen erfolgreich zu bewältigen?

Krisenbewältigung durch das Gespräch: Geringe Kapitalbildung und politische Turbulenzen kennzeichnen die Zeit der Demokratischen Bewegung mit ihren Anfängen um 1862/63 als krisenhaft. Mit der Durchsetzung von Verfassungsrevisionen auf kantonaler Ebene gelangte die Bewegung Ende der 1860er Jahre zum Erfolg. Auch im Kulturkampf 1870/80, der ein Streit um «die Quellen der Wahrheit» zwischen den katholisch-konservativen und den liberal-fortschrittlich gesinnten Schweizern war, konnte die Entscheidung schliesslich den einzelnen Kantonen delegiert werden. Der im Generalstreik von 1918 gipfelnde Konflikt zwischen Revolutionsbefürwortern und -gegnern wurde beigelegt, weil das Gespräch bei aller Polarisierung insbesondere auf Gemeindeebene nie abbrach. Ebenso ist die Verständigung fast aller Bevölkerungskreise von links bis rechts auf das Konzept der «geistigen Landesverteidigung» das Ergebnis erfolgreicher Krisenbewältigung in den 1930er Jahren. Aber auch die Krise der 1970er Jahre mit den Anti-AKW-Demonstrationen bezeichnete der Referent als Beispiel geglückter Problemlösung, bei der beide Seiten einander entgegengekommen seien.

Wie also wurden in der Schweiz während der letzten 150 Jahre Krisen bewältigt? Die Antwort des Referenten lautete: durch das Gespräch. Gemeint ist eine den jeweiligen Problemen angemessene, möglichst alle Bevölkerungsschichten erfassende Meinungsbildung.

Krise fordert uns zur Offenheit auf, auch gegenüber Ansichten, die für uns befremdlich, ja, die den unsrigen diametral entgegengesetzt sind. Auch die gegenwärtige Krise, in welcher der Referent EU-Beitritts-Befürworter und -Gegner einander gegenüberstehen sieht, müsse durch geduldige Gesprächsarbeit überwunden werden. Einfach sei das diesmal nicht, denn es gebe keine Kompromissmöglichkeiten, d.h. man könne nicht ein wenig bei der EU sein und ein wenig abseits stehen.

Diskussion über Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts: Auf die Frage eines Zuhörers, ob er den EU-Beitritt befürworte oder nicht, bekannte sich der Referent ohne Umschweife als Be-

fürworter. Die Schweiz könne «es» zwar alleine auch schaffen, sei dann aber gezwungen, sich direkt in eine globalisierte Wirtschaft zu integrieren. Das würde bedeuten, dass wir, die Schweizer Bürger, die Kontrolle über die Aussenbeziehungen der Schweiz wenigen logistischen Zentren überlassen müssten. Dies widerspricht unseren demokratischen Traditionen. Der Referent befürchtet daher bei einem Alleingang der Schweiz für unser Land eine weder für ihn noch vielleicht für heutige EU-Gegner wünschenswerte strukturelle Entwicklung. Innerhalb der EU dagegen sei noch eher Raum für Demokratie und Föderalismus im bisherigen Sinn.

Alt Ständerat Dr. Peter Hefti wandte ein, die Schweiz müsse sich ohnehin den aufstrebenden aussereuropäischen Regionen zuwenden, die Konzentration auf die EU verstelle nur den Blick auf die wirklichen Notwendigkeiten. Demgegenüber wies der Präsident des Historischen Vereins, Robert Kistler, auf China hin, das seit 1991 eine Entwicklung von gigantischen Ausmassen durchmache und auf dessen Wachstum die Schweiz nur im EU-Verband angemessen reagieren könne. Der Referent fügte hinzu, dass einerseits der Umfang der schweizerischen Aussenhandelsbeziehungen mit Europa sehr gross und sehr stabil sei und dass andererseits die EU-Länder genauso wie die Schweiz Beziehungen mit Südostasien und Lateinamerika suchen. Schliesslich kritisierte Harry Pollak, Direktor der Papierfabrik Netstal, man müsse auch an die Kosten wegen der Anpassungen und Standardisierungen denken, die bei einem EU-Beitritt notwendig würden. Zudem habe wohl auch die EU ihren Krisenzyklus. Wenn die Schweiz noch 20 Jahre mit dem Beitritt warte, so habe die EU bis dahin vielleicht ihre Kinderkrankheiten überwunden. Die Tüchtigen brauchten im übrigen die EU-Mitgliedschaft nicht. Demgegenüber gab der Referent zu bedenken, dass die Standardisierung auch Kosten senken und Märkte öffnen helfe. Wenn z.B. von Sizilien bis zum Nordkap nur noch Steckdosen einer Norm verkauft werden dürften, so könne das die Konkurrenz unter den Anbietern auch fördern und die entsprechenden Produkte verbilligen.

Der Abend mit Hansjörg Siegenthaler hat wieder einmal bewusst gemacht, dass Beschäftigung mit Geschichte ihre Antriebskraft stets von Gegenwartsinteressen bezieht, ja, sich durch diese erst legitimiert.

kmw.

Prof. Dr. Carlo Moos, Universität Zürich Der Sonderbund. Eine kritische Beleuchtung

Vortrag vom 13. Januar 1998 (510)

Carlo Moos ging es in seinem Referat darum, für einmal dem geistigen Klima des Sonderbunds Aufmerksamkeit zu schenken und die Beweggründe von dessen Protagonisten, allen voran Joseph Leu von Ebersol und Constantin Siegwart-Müller, besser verständlich zu machen. Dieses Unterfangen sei im Kanton Glarus wohl besonders schwierig, denn Siegwart-Müller plante u.a. das Verschwinden unseres Kantons von der Landkarte und zog sich dadurch insbesondere die Feindschaft der Glarner zu.

Demokratie auf römisch-katholischem Fundament: Der am 11. Dezember 1845 gegründete Sonderbund unterlag im Bruderkrieg von 1847. Damit war der Weg frei für eine von der liberalen Partei geprägte Verfassung der Schweiz; die Unterlegenen wurden in die Aussenseiterrolle gedrängt. Dabei hätte es auch anders kommen können. Joseph Leu, ein wohlhabender Bauer, Anführer der Konservativen im Kanton Luzern, galt selbst bei seinen Gegnern als absolut integrier Demokrat. Er setzte sich für die Abschaffung aller Privilegien, für Verkürzung der Amtszeiten und für direkte Wahlen ein. Sein Demokratieverständnis war aber verbunden mit der Überzeugung, dass der Staat seine Wurzeln im althergebrachten Glauben an Gott und an die katholische Kirche haben müsse. Mit aller Kraft strebte er die Berufung der Jesuiten nach Luzern an, die dort über die in seinem Verständnis richtige christliche Erziehung und Bildung wachen sollten.

Ein Kampf um geistige Werte: Als Mitstreiter konnte Leu um 1839 den bis dahin überzeugt liberalen bzw. radikalen Luzerner Staatsschreiber Siegwart-Müller gewinnen. Dieser schrieb in den 1860er Jahren eine dreibändige Selbstrechtfertigung, insgesamt etwa 3000 Seiten, von denen er das erste Konvolut unter dem Titel «Ratsherr Joseph Leu von Ebersoll» dem Leben der von ihm wegen ihres Charismas verehrten Persönlichkeit widmete. Leu sei es gelungen, ihn, Siegwart-Müller, den die Studienzeit in Würzburg und Heidelberg zum «Ungläubigen»

und «hochmüthigen Weltverbesserer» gemacht habe, zu läutern, zu einer Umkehr und Hinwendung zu den wahren Werten des Christentums zu bewegen. Siegwart wandelte sich vom Radikalen zum gläubigen Katholiken und traditionsbewussten Konservativen und wurde deswegen als Staatsschreiber abgesetzt. Seine geistige Überlegenheit führte ihn aber bald an die Spitze der in Luzern 1841 die Macht übernehmenden konservativen Bewegung. Siegwart-Müller wurde Grossrat, dann Regierungsrat, Schultheiss von Luzern und 1844 sogar Präsident der Tagsatzung. In diesen Jahren radikalisierte sich, insbesondere nach der Berufung von David Friedrich Strauss an die Universität Zürich, die Lage zwischen Liberalen und Konservativen. Obwohl Strauss sein Professorenamt wegen des Protests der Zürcher Landbevölkerung nicht antreten konnte, wurde durch die Aufhebung der Klöster im Aargau 1843, durch den Beschluss zur Jesuitenberufung nach Luzern 1844 sowie durch die beiden vor allem gegen letzteren geführten Freischarenzüge auf beiden Seiten kräftig provoziert. Nachdem am 19. Juli 1845 ein Luzerner Radikaler Joseph Leu ermordet hatte, besass die konservative Bewegung sogar einen Märtyrer. Bezeichnenderweise lautete der Titel von Siegwarts zweitem Rechtfertigungsbuch «Der Kampf zwischen Recht und Gewalt in der Schweizerischen Eidgenossenschaft und mein Antheil daran». Dasselbe Gegensatzpaar «Recht – Gewalt» erscheint auch im Titel des dritten Buchs «Der Sieg der Gewalt über das Recht in der Schweizerischen Eidgenossenschaft». Das Recht lag für Siegwart-Müller auf seiten der Konservativen, die sich der Gewalt der gottlosen Radikalen zu erwehren hatten. Der Sonderbund der Stände Freiburg, Luzern, Schwyz, Unterwalden, Uri, Wallis und Zug war Siegwarts Versuch, alle traditionell und christlich gesinnten Kräfte in der Eidgenossenschaft in einem Abwehrkampf gegen die von den Mächten der Finsternis angezettelte Revolution zu vereinigen. Deshalb bemühte er sich auch um Unterstützung durch St. Gallen, Appenzell I. Rh. und Solothurn.

Verrat oder Solidarität – eine Frage des Standpunktes: War Siegwart-Müller deshalb ein Verräter, weil er angesichts der bevorstehenden Niederlage in dem in seinen Augen gerechten Krieg der sieben gegen die ungerechte Gewalt der zwölf Stände im Ausland um Hilfe rief? Er war, 1801 geboren, während der Zeit der Mediation und des Wiener Kongresses aufgewachsen, als ausländische Einmischungen in innereidgenössische Belange immer wieder vorkamen. Auch auf der Seite der Sonderbundsgegner hatte man für den Fall einer Niederlage Hilfsgesuche ans Ausland erwogen. Die Souveränität der katholischen Kantone war für Siegwart und seine Gesinnungsgenossen wichtiger als die Solidarität mit der Gesamtheit der Eidgenossenschaft, in der doch ohnehin heidnische Mächte die Oberhand zu gewinnen drohten. Aber Siegwart hatte die Zukunft gegen sich. Als am 24. November 1847 Luzern kapitulierte, floh er über die Furka und den Simplon vorerst nach Mailand. 1854 wurde er in Abwesenheit zu zwanzig Jahren Kettenstrafe verurteilt, das Urteil später aber aufgehoben. Nach zehnjährigem Aufenthalt im Ausland konnte er in die Schweiz zurückkehren und verbrachte dann seinen Lebensabend im Kanton Uri. Inzwischen hatte sich mit der Bundesverfassung von 1848 die von der zentralistischen Komponente, von Liberalismus und Protestantismus bestimmte Vorstellung vom Staat Schweiz durchgesetzt.

Die Integration der katholischen Kantone in den Bundesstaat blieb allerdings weiterhin ein Problem, das sich im Kulturkampf und mit der Verfassung von 1874 erneut verschärfte. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts sei, wie der Referent ausführte, die Schweizer Nationalkultur einerseits vom Liberalismus, von der Industrialisierung und vom Protestantismus bestimmt gewesen. Andererseits sei mit der zunehmenden Beteiligung der Konservativen an der Herrschaft in unserem Land ein Verlust ihrer in der Religion fundierten Weltanschauung einhergegangen.

Es gelang Carlo Moos, den mehrheitlich wohl protestantisch-liberal geprägten Glarner Zuhörern eindringlich und spannend eine für sie nicht selbstverständliche Ansicht über die Gründung unseres Bundesstaats zu vermitteln. Auch dieses gewöhnlich so positiv bewertete Ereignis trat nur ein, weil die Sieger ihr Verständnis von der Nation Schweiz den Besiegten aufzwingen. Letztere konnten sich über Generationen hinweg nicht mit den 1847 und 1848 geschaffenen Gegebenheiten abfinden.

kmw.

Prof. Dr. Bruno Fritzsche, Universität Zürich
Geschichte, Geschichtsbilder und nationale Feiern

Vortrag vom 17. Februar 1998 (511)

Auf welch erbitterten Widerstand Historiker mit ihren Erkenntnissen manchmal stossen, illustrierte der Referent am Beispiel seiner Schwiegermutter, die ihm persönlich zwar gewogen war, seiner Zunft aber nicht verzeihen konnte, dass diese ihr den Wilhelm Tell «genommen» hatte. Ein Leserbrief im «Beobachter» wies unlängst neuere, auch eine gewisse Kritik enthaltende Erkenntnisse über die Rolle General Guisans im Zweiten Weltkrieg zurück mit der Begründung, der Glaube an die heile Heimat dürfe nicht angetastet werden.

Zementierung veralteter Geschichtsbilder während des «Kalten Krieges»: Der Referent erörterte im folgenden einige Grundthesen: Vor und während dem Zweiten Weltkrieg wurde unter dem Schlagwort «geistige Landesverteidigung» immer wieder das Bild einer wehrhaften, einigen Schweiz mit vorwiegend bäuerlichen Bewohnern beschworen. Dieses Bild orientierte sich an demjenigen von den «alten Eidgenossen», die keine fremden Vögte duldeten. Es hatte angesichts der realen Bedrohung durch Nazideutschland für den Referenten durchaus seine Berechtigung. Nach dem Krieg orientierte man sich in der Schweiz, im Zeichen des «Kalten Krieges», weiterhin an demselben, nun eigentlich funktionslosen Geschichtsbild und sprach vom «Sonderfall Schweiz». Erst vor einigen Jahren, nicht von ungefähr bald nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, brach auch das nationale Selbstverständnis der Schweiz zusammen.

Wendepunkt 1943: In den anschliessenden historischen Ausführungen legte der Referent dar, wie stabilisierend und einigend der «Kalte Krieg» auf die Schweiz wirkte, die in dieser Zeit einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung erlebte, begleitet von wichtigen sozialen Errungenschaften wie der AHV. Andererseits wurden diese positiven Errungenschaften mit einer gewissen Erstarrung und dem Abbruch der Diskussion über die Zukunft unseres Landes bezahlt. 1943, nach Stalingrad und nach der Landung der Alliierten auf Sizilien, als der Druck der Deutschen auf die Schweiz nachliess, befand sich diese an einem innenpolitischen Wendepunkt. Die Sozialdemokraten erreichten damals in den Nationalratswahlen mit etwa 30 Prozent der Sitze ihr bestes je erzielt Ergebnis. In ihrer Publikation «Die neue Schweiz», die nach Kriegsende erschien, entwarf die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ein kühnes Konzept sozialstaatlichen Zusammenlebens. 1944 wurde aber auch, als Nachfolgepartei der Kommunisten, die Partei der Arbeit gegründet, und der Landesring der Unabhängigen startete seine «Recht-auf-Arbeit»-Initiative, allerdings ohne Erfolg. Die Aussenpolitik der Schweiz geriet von seiten der Westmächte unter starken Druck: man warf unserem Land Feigheit vor, denn gegenüber dem verbrecherischen Naziregime war Neutralität moralisch nicht vertretbar. Zur Gründung der UNO 1944 lud man die Schweiz nicht einmal ein. Als am 28. August desselben Jahrs alliierte Truppen die Schweizer Westgrenze erreichten, forderten die Westmächte, die Schweiz habe ab sofort alle Lieferungen an Deutschland einzustellen, und sie unterstrichen ihr Ultimatum, indem sie die Schweizer Importe sperrten. In der folgenden Zeit geriet unser Land in ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten. Die Schweizer hatten während des ganzen Kriegs nie so wenig Nahrungsmittel zur Verfügung wie Anfang 1945. Die Sowjetunion, mit der Bundesrat Pilet-Golaz 1944 auf innenpolitischen Druck hin endlich einen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung schliessen wollte, wies dieses Begehren höhnisch ab. Pilet-Golaz musste daraufhin zurücktreten und wurde zur Symbolfigur des Defätismus. Nach Kriegsende verlangten die Alliierten die Auslieferung sämtlicher deutscher Vermögenswerte, und die Schweizer Bankguthaben von über fünf Milliarden Franken in den USA wurden gesperrt. Auch drohte die Veröffentlichung einer Liste von 600 Schweizer Firmen, die mit Deutschland Geschäfte gemacht hatten. In dieser Zeit wurde bekannt, dass durch den Gotthard regelmässig für Deutschland Waffentransporte durchgeführt worden waren und dass die Schweiz Raubgold entgegengenommen hatte. In dieser Situation begann man, in der Schweizer Öffentlichkeit das Verhalten unseres Landes im Krieg zu diskutieren und zu untersuchen, weshalb die Aussenpolitik mit den heroischen Parolen der geistigen Landesverteidigung wenig gemeinsam hatte.

Abbruch einer fruchtbaren innenpolitischen Diskussion: Dann aber änderten sich die Prioritäten der Alliierten, aus dem Verbündeten Sowjetunion wurde der grosse Feind des Westens, insbesondere der USA. Beide Grossmächte «vergassen» die Schuld, welche die Schweiz im Zweiten Weltkrieg auf sich geladen hatte, und diese kam im Washingtoner Abkommen von

1946 mit einem blauen Auge davon. Alsbald wischte man auch in der Schweiz selbst jede Erinnerung an alle Peinlichkeiten nunmehr vergangener Zeiten weg und verfiel in alte Muster, indem man aktive Aussenwirtschaftspolitik betrieb und im übrigen politisch abseits stehen blieb. Im Bild des Igels sah man wohlgefällig die wehrhafte, unabhängige Schweiz verkörpert, wobei es sich dieser Igel im Schutz der Westmächte recht bequem machte.

Damit wurde eine innenpolitische Auseinandersetzung abgebrochen, die nun heute, gut 50 Jahre später, wieder aufgenommen werden muss. Der Kommunismus mit seinem wichtigsten Protagonisten, der Sowjetunion, gab freilich mit der Gründung der DDR, mit dem Koreakrieg, mit der Niederschlagung des Ungarnaufstands u.a. genügend Anlass zu entschiedener Ablehnung, stellte aber auch ein ideales Feindbild dar, auf das sich fast alle Schweizer problemlos einigen konnten. Die PdA wurde zum Statthalter Moskaus in der Schweiz hochstilisiert, und man beschwor die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes in der Schweiz, von dem in Wirklichkeit keine Rede sein konnte. Querdenker wurden mit dem Hinweis, sie könnten ja nach Moskau gehen, zum Schweigen gebracht.

Chance der Neuorientierung: Ausgerechnet in den 1990er Jahren, in denen die Schweiz ihre Jubiläen feiert, wird ihre Identitätskrise offenkundig. Diese bietet nun aber die Chance, die einst unterbrochene Diskussion wieder aufzunehmen, und auch die Möglichkeit, neue Leitbilder für die Zukunft in der Vergangenheit zu finden. Mit Blick aufs 19. Jahrhundert konnte der Referent vorschlagen, die Schweiz als «Unruheherd im konservativen Europa», als «welt-offenen Liberalstaat, der Ausländern eine Plattform des Wirkens bot und von ihnen wichtige Impulse empfing», oder auch als «in konfessionelle Lager tiefgespaltenes Land» zu apostrophieren. Ihm, dem Historiker, der um seinen subjektiv bedingten Standpunkt weiss, sei es aber nicht möglich, ein wirkungsmächtiges Geschichtsbild zu entwerfen. Im Gegenteil, er müsse solche Geschichtsbilder immer wieder relativieren, mit Gegenentwürfen konfrontieren und daher mit dem Odium der Destruktivität leben.

Der Vortrag forderte manche Zuhörer im Anschluss zu lebhaftem Widerspruch heraus, wobei mehrfach betont wurde, wie notwendig und richtig der schweizerische Antikommunismus gewesen sei. Ein Votum wies allerdings auch auf Parallelen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland hin. Der Aufbau der Wirtschaft habe alle Kräfte absorbiert, so dass eine Diskussion der Vergangenheit und einer möglichen Zukunft an der «Unfähigkeit zu trauern», um es mit Alexander Mitscherlich zu sagen, gescheitert sei.

kmw.

Exkursion 1997

Das vom Präsidenten, Dr. Robert Kistler, ausgearbeitete Programm des diesjährigen Vereinsausflugs vom 14. Juni lockte zahlreiche Mitglieder an. Das verwundert nicht, findet doch jeder an Schweizer Geschichte Interessierte im schönen Innerschweizer Hauptort Schwyz auf engstem Raum reiches Anschauungsmaterial.

Das Bundesbriefmuseum: Im Bundesbriefmuseum, früher Bundesbriefarchiv, empfing der Hausherr persönlich, der Schwyzer Staatsarchivar Josef Wiget, die Glarner Geschichtsfreunde. Dem Museum ist nämlich das Schwyzer Staatsarchiv angegliedert. Wiget ging nicht nur auf die Urkunden ein, welche die Entstehung der achtörtigen Eidgenossenschaft dokumentieren, sondern machte auch deutlich, dass Geschichte, Architektur und künstlerische Ausgestaltung die Aufbewahrungsstätte selbst zu einem historischen Dokument machen, freilich zu einem der neueren und neuesten Schweizer Geschichte. Die Idee eines künstlerischen Denkmals der nationalen Einheit in Schwyz wurde noch im 19. Jahrhundert, nämlich 1891 an der 600-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, geboren. Über dem Ringen um das beste Projekt – die Vorschläge reichten von einer Einzelfigur bis zur architektonischen Anlage – vergingen aber die Jahre. Der Erste Weltkrieg begrub dann zunächst sämtliche Denkmalspläne. Indessen benötigte Schwyz in den 1920er Jahren immer dringender ein neues Staatsarchiv, denn seine vollständige Sammlung von Bundesbriefen vom 13. bis zum 15. Jahrhundert, die im viel zu engen Turm auf der Metzghofstatt untergebracht waren, zog eine wachsende Zahl von Forschern und Geschichtsfreunden an. Der Vorschlag des Schwyzer Regierungsrats, für die Urkunden einen Aufbewahrungsort zu schaffen, der in seiner Würde und Ausstrahlung gleichzeitig den Charakter eines nationalen Denkmals haben sollte, stiess aber beim Bundesrat zunächst auf wenig Interesse. Erst ab 1928 liess man sich näher auf die Sache ein. Schliesslich konnte 1934 bis 1936 das heutige Bundesbriefmuseum nach den Plänen von Josef Beeler errichtet und am 1./2. August 1936, in einer Zeit wachsender äusserer Bedrohung,

eingeweiht werden. Die Architektur, aber auch die künstlerische Ausgestaltung, vor allem die Wandbilder «Fundamentum» – Der Bund zu Brunnen» von Heinrich Danioth an der Südfassade, «Bruder Klaus» von Maurice Barraud im Treppenhaus und «Der Bundesschwur auf dem Rütli» von Walter Clenin im Bundesbriefsaal bringen den klaren Willen zum Ausdruck, der damals immer mehr an Gewicht gewinnenden nationalsozialistischen Ideologie eine eigene mit christlich-demokratischen Vorzeichen entgegenzusetzen.

Auch heute noch, nachdem der Bundesbriefsaal in den 1980er Jahren umgestaltet wurde, wirkt er feierlich, beinahe sakral. Die in Wandvitruinen ausgestellten Schwyzerfahnen, denen einst die Wunderwirkung von Amuletten zugeschrieben wurde, verstärken den Eindruck noch, man befinde sich in einem Kirchenraum. Vor Clenins Wandbild sind in einer riesigen, kreisrunden Vitrine die Bundes- und Freiheitsbriefe ausgestellt.

Die feierliche Präsentation behält ihr Recht und ihre historische Gültigkeit, auch wenn die Historiker heute längst vom verklärten Blick auf die Taten der Vorfäter abgerückt sind und z.B. die Bundesbriefe als aus den Erfordernissen ihrer Zeit zu begründende Verträge betrachten, die keineswegs das Fernziel einer Staatsgründung anstrebten. Erst 1450, mit dem Abschluss des alten Zürichkriegs, kann laut Josef Wiget vom Zusammenwachsen zu einer eidgenössischen Einheit die Rede sein. Die in Schwyz liegenden Dokumente sind auch nicht alle einzigartig, denn von den meisten der Bundesbriefe wurden so viele Exemplare ausgefertigt, wie Vertragspartner vorhanden waren. Den Bundesbrief von 1291 schrieb man allerdings nur einmal.

Die Ital-Reding-Hofstatt: Das von einer Mauer eingefriedete, mitten in Schwyz gelegene Wiesengrundstück mit dem 1287 erbauten Haus Bethlehem, mit dem heute als Kantonsbibliothek dienenden Stall samt Ökonomiegebäude und mit dem nach 1609 entstandenen Herrenhaus gehört seit 1982 der «Stiftung Ital-Reding-Haus», als deren Präsident ebenfalls Josef Wiget amtiert. Von ihm wurden die Glarner Geschichtsfreunde erst mit der spätmittelalterlichen Wohnkultur, wie sie das Haus Bethlehem repräsentiert, bekanntgemacht, danach mit der herrschaftlich luxuriösen der Söldnerführer des 17. Jahrhunderts, wie wir sie vom Freulerpalast in Näfels her kennen. Die Familie Reding, die Ende des 16. Jahrhunderts in den Besitz der Hofstatt gelangte, unterhielt übrigens mannigfache, auch verwandtschaftliche Beziehungen mit dem Glarnerland, vor allem natürlich mit Näfels.

Das Forum der Schweizer Geschichte: Nach einem Aperitif im Ital-Reding-Haus und dem bald daran anschliessenden sehr guten Mittagessen im Rats-Keller besichtigten die Glarner das im ehemaligen kantonalen Zeughaus eingerichtete «Forum der Schweizer Geschichte». Diese Aussenstelle des Schweizerischen Landesmuseums wurde im Hinblick auf die 700-Jahr-Feier der schweizerischen Eidgenossenschaft 1991 eröffnet. Sie präsentiert vor allem Museumsgut, das zuvor in den Räumlichkeiten des Landesmuseums in Zürich aus Platzgründen nicht ausgestellt werden konnte, aber auch Gegenstände anderer Provenienz.

Führer durch die auch mit modernsten technischen Mitteln aufwendig gestaltete Ausstellung waren die Leiterin des Forums, Margrit Wick, und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, Andreas Meyerhans. Die Entwicklung der Kulturlandschaft im schweizerischen Mittelland von 1200 bis 1700 mit der Stadt-Land-Differenzierung bildete einen thematischen Schwerpunkt der Führung. Die Gründung oder das Heranwachsen von Städten brachte entscheidende Veränderungen mit sich, denn erst die Stadt gewährte Schutz und eine gewisse Rechtssicherheit. Ferner bot sie einen Markt, der mit der Zeit auch eine Koordination der Masseinheiten zur Folge hatte. Aber die Stadt musste sich auch mit schwierigen Problemen wie der Abfall- und Fäkalienbeseitigung sowie der ständigen Brandgefahr auseinandersetzen. Die Ausstellung veranschaulicht weiter die Bildung von Machtzirkeln, wie sie Kirchen, Gerichte, Zünfte, Genossenschaften und Räte darstellen. Durch besondere Kleider und andere äussere Merkmale grenzten sich die Träger der Macht von den übrigen Menschen ab. Sie suchten sich durch eine lange Ahnenreihe, durch Stammbäume, zu legitimieren und die Herrschaftsprivilegien mit möglichst wenigen anderen zu teilen. Wer keine Macht hatte, wie Arme, Kranke und Fremde, konnte vom 16. Jahrhundert an kaum mehr einen Anteil davon erringen, sondern lief eher Gefahr, auch das wenige zu verlieren, was er besass.

Die Ausstellung im dritten Stock des Forums zeigt die unterschiedlichen Funktionen der Schweizer Geschichte in verschiedenen Epochen. Legitimiert das «Weisse Buch von Sarnen» im 16. Jahrhundert die Entstehung der Eidgenossenschaft mit Gottes Heilsplan, so sieht die Aufklärung des 18. Jahrhunderts im schlichten Hirtenvolk der Alpen mit seinen den antiken Republiken gleichenden politischen Institutionen ein positives Gegenbild zu den sittlich verdorbenen Fürstenhöfen. Im 19. Jahrhundert diente die sogenannte Gründungsgeschichte der Eidgenossenschaft der Heranbildung eines Nationalgefühls, das den zentrifugalen Kräften

entgegenwirken sollte. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurde der Gegensatz zwischen Habsburgern und Eidgenossen gezielt eingesetzt, um das Selbstbewusstsein gegenüber dem mächtigen Nachbarn im Norden zu stärken.

Der Reisetag hat den bleibenden Eindruck hinterlassen: Man ist in Schwyz am Puls der Schweizer Geschichte, hier wird aber auch energisch nach ihrem Sinn gefragt. Allerdings wurde von den Referenten die aktuelle Diskussion um die Aufarbeitung der Schweizer Geschichte seit 1940 weitgehend ausgeklammert, unter den Teilnehmern des Ausflugs das Thema aber doch hier und dort angeschnitten, ohne dass es zu erhitzten Köpfen gekommen wäre. Auf jeden Fall nahmen die Glarner Geschichtsfreunde wichtige Anregungen mit nach Hause.

kmw.